# AMTSBLATT
## DER BUNDESSTADT BONN

**43. Jahrgang** **16. November 2011** **Nummer 50**

**Inhalt** **Seite**

Widmung einer Verkehrsfläche im Stadtbezirk Bad Godesberg 974

- Schlehenweg

Widmung einer Verkehrsfläche im Stadtbezirk Bad Godesberg 974

- Paracelsusstraße

Widmung einer Verkehrsfläche im Stadtbezirk Bad Godesberg 974

- Kennedyallee

Widmung einer Verkehrsfläche im Stadtbezirk Bad Godesberg 975

- Leonardusstraße

Widmung einer Verkehrsfläche im Stadtbezirk Bonn 975

- Petra-Kelly-Allee

Widmung einer Verkehrsfläche im Stadtbezirk Bad Godesberg 976

- Suebenstraße

Versteigerung von Fundsachen des Fundbüros der Stadt Bonn 976

Bekanntmachung des Umlegungsausschusses der Bundesstadt Bonn für das Umlegungsgebiet 220 in der Gemarkung Röttgen 976

Planfeststellung gem. §§ 72 ff. Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) i.V.m. §§ 18 ff Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) für den Neubau des Haltepunktes Bonn UN-Campus (vormals Bonn Bundesviertel), Strecke 260 Köln-Bingen, km 34,330 - km 34,650, Erörterungstermin 976

Öffentliche Zustellung nach § 10 des Landeszustellungsgesetzes NRW vom 07.03.2006 (GV NRW. S. 94 / SGV NRW 2010) in der zurzeit gültigen Fassung 978

- Zustellung einer Ordnungsverfügung (Ausländeramt)

Öffentliche Zustellung nach § 10 des Landeszustellungsgesetzes NRW vom 07.03.2006 (GV NRW. S. 94 / SGV NRW 2010) in der zurzeit gültigen Fassung 979

- Zustellung von Bescheiden (Bürgerdienste)

3. Satzung zur Änderung der Gebührenssatzung für die Inanspruchnahme des Rettungsdienstes der Bundesstadt Bonn vom 27. Oktober 2011 980

4. Satzung zur Änderung der Gebührenordnung und des Gebührentarifs für die Musikschule der Bundesstadt Bonn vom 27. Oktober 2011 984

Änderung des Entgelttarifes zur Entgeltordnung für die Volkshochschule der Bundesstadt Bonn 988

Erste Verordnung zur Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Bundesstadt Bonn (Bonner Straßenordnung – StrO) vom 27. Oktober 2011 992

Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus Anlass der Weihnachtsmärkte in Bonn „Ganz Bonn ist offen“ vom 27. Oktober 2011 994

Sitzung des Rates der Bundesstadt Bonn am Donnerstag, 24. November 2011 996

STADT. CITY. VILLE. BONN.

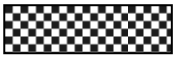
Herausgeber:
Bundesstadt Bonn, Der Oberbürgermeister, Presseamt, Stadthaus, Berliner Platz 2, 53103 Bonn
☎ 77-3925, ☎ 77-2840, Fax: 77-3559, E-Mail: amtsblatt@bonn.de Internet: www.bonn.de
Erscheinungsweise: Mittwochs nach Bedarf, kostenlos
Bezugsquellen: Auskunftsstellen der Stadtverwaltung: Stadthaus, Rathäuser Bad Godesberg, Beuel und Hardtberg, Versand: ☎ 77-2840

## Widmung einer Verkehrsfläche

Die folgende Verkehrsfläche im Stadtbezirk Bad Godesberg, Ortsteil Heiderhof, wird gemäß § 6 in Verbindung mit § 3 Abs. 4 Nr. 2 des Straßen- und Wegegesetzes NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1995 (GV NRW S. 1028 ff), zuletzt geändert durch das Erste Gesetz zum Bürokratieabbau vom 13.03.2007 (GV NRW S. 133), als Gemeindestraße, bei der die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen, dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

**„Schlehenweg“, Teilstück zwischen Haus-Nr. 1 und Heiderhofring im Stadtbezirk Bad Godesberg, Ortsteil Heiderhof**

Dabei erstreckt sich die Widmung der Straße bei den auf der Anlage 1 mit



gekennzeichneten Flurstücken Gemarkung Muffendorf, Flur 15, Nrn. 440 tlw. und 443 tlw. auf alle Arten des öffentlichen Verkehrs.

Die Wirkung der Widmungsverfügung beginnt am Tag ihrer öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt der Bundesstadt Bonn.

Gegen die Widmung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntmachung Klage erhoben werden. Die Klage ist bei dem Verwaltungsgericht Köln, Appellhofplatz, 50667 Köln, schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären. Der Klage sollen zwei weitere Ausfertigungen beigefügt werden.

Es besteht die Möglichkeit, sich vorab beim Zentralen Vergabeamt, Stadthaus, Etage 4 C, Berliner Platz 2, 53103 Bonn, Telefonnummer
77 2615, clemens.juessen@bonn.de über das Widmungsverfahren zu informieren. Die Klagefrist wird dadurch allerdings nicht verändert.

Bonn, den 8. November 2011

Der Oberbürgermeister
Im Auftrag

gez. Christoph Bartscher
Abteilungsleiter

## Widmung einer Verkehrsfläche

Die folgende Verkehrsfläche im Stadtbezirk Bad Godesberg, Ortsteil Lannesdorf, wird gemäß § 6 in Verbindung mit § 3 Abs. 4 Nr. 2 des Straßen- und Wegegesetzes NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1995 (GV NRW S. 1028 ff), zuletzt geändert durch das Erste Gesetz zum Bürokratieabbau vom 13.03.2007 (GV NRW S. 133), als Gemeindestraße, bei der die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen, dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

**„Paracelsusstraße“, Stichweg zu den Haus-Nrn. 42 bis 50 im Stadtbezirk Bad Godesberg, Ortsteil Lannesdorf**

Dabei erstreckt sich die Widmung der Straße bei den auf der Anlage 2 mit

gekennzeichneten Flurstücken Gemarkung Muffendorf, Flur 3, Nrn. 513 und 1042 auf den Fußgängerverkehr.

Die Wirkung der Widmungsverfügung beginnt am Tag ihrer öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt der Bundesstadt Bonn.

Gegen die Widmung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntmachung Klage erhoben werden. Die Klage ist bei dem Verwaltungsgericht Köln, Appellhofplatz, 50667 Köln, schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären. Der Klage sollen zwei weitere Ausfertigungen beigefügt werden.

Es besteht die Möglichkeit, sich vorab beim Zentralen Vergabeamt, Stadthaus, Etage 4 C, Berliner Platz 2, 53103 Bonn, Telefonnummer
77 2615, clemens.juessen@bonn.de über das Widmungsverfahren zu informieren. Die Klagefrist wird dadurch allerdings nicht verändert.

Bonn, den 8. November 2011

Der Oberbürgermeister
Im Auftrag

gez. Christoph Bartscher
Abteilungsleiter

## Widmung einer Verkehrsfläche

Die folgende Verkehrsfläche im Stadtbezirk Bad Godesberg, Ortsteil Plittersdorf, wird gemäß § 6 in Verbindung mit § 3 Abs. 4 Nr. 2 des Straßen- und Wegegesetzes NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1995 (GV NRW S. 1028 ff), zuletzt geändert durch das Erste Gesetz zum Bürokratieabbau vom 13.03.2007 (GV NRW S. 133), als Gemeindestraße, bei der die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen, dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

**„Kennedyallee“, Stichweg Zugang Zentralfriedhof im Stadtbezirk Bad Godesberg, Ortsteil Plittersdorf**

Dabei erstreckt sich die Widmung der Straße bei dem in der Anlage 3 mit

gekennzeichnetem Flurstück Gemarkung Fiesdorf, Flur 3, Nr. 993 tlw. auf alle Arten des öffentlichen Verkehrs, wobei sich die Widmung auf den Anliegerver-

kehr beschränkt.
Die Wirkung der Widmungsverfügung beginnt am Tag ihrer öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt der Bundesstadt Bonn.

Gegen die Widmung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntmachung Klage erhoben werden. Die Klage ist bei dem Verwaltungsgericht Köln, Appellhofplatz, 50667 Köln, schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären. Der Klage sollen zwei weitere Ausfertigungen beigefügt werden.

Es besteht die Möglichkeit, sich vorab beim Zentralen Vergabeamt, Stadthaus, Etage 4 C, Berliner Platz 2, 53103 Bonn, Telefonnummer 77 2615, clemens.juessen@bonn.de über das Widmungsverfahren zu informieren. Die Klagefrist wird dadurch allerdings nicht verändert.

Bonn, den 8. November 2011

Der Oberbürgermeister
Im Auftrag

gez. Christoph Bartscher
Abteilungsleiter

**Widmung einer Verkehrsfläche**

Die folgende Verkehrsfläche im Stadtbezirk Bad Godesberg, Ortsteil Plittersdorf, wird gemäß § 6 in Verbindung mit § 3 Abs. 4 Nr. 2 des Straßen- und Wegegesetzes NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1995 (GV NRW S. 1028 ff), zuletzt geändert durch das Erste Gesetz zum Bürokratieabbau vom 13.03.2007 (GV NRW S. 133), als Gemeindestraße, bei der die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen, dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

**„Leonardusstraße“, im Abschnitt zwischen Donatusstraße und Sybillenstraße im Stadtbezirk Bad Godesberg, Ortsteil Plittersdorf**

Dabei erstreckt sich die Widmung der Straße bei dem in der Anlage 4 mit

gekennzeichnetem Flurstück Gemarkung Plittersdorf, Flur 5, Nr. 1317 tlw. auf alle Arten des öffentlichen Verkehrs.

Die Wirkung der Widmungsverfügung beginnt am Tag ihrer öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt der Bundesstadt Bonn.

Gegen die Widmung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntmachung Klage erhoben werden. Die Klage ist bei dem Verwaltungsgericht Köln, Appellhofplatz, 50667 Köln, schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären. Der Klage sollen zwei weitere Ausfertigungen beigefügt werden.

Es besteht die Möglichkeit, sich vorab beim Zentralen Vergabeamt, Stadthaus, Etage 4 C, Berliner Platz 2, 53103 Bonn, Telefonnummer 77 2615, clemens.juessen@bonn.de über das Widmungsverfahren zu informieren. Die Klagefrist wird dadurch allerdings nicht verändert.

Bonn, den 8. November 2011

Der Oberbürgermeister
Im Auftrag

gez. Christoph Bartscher
Abteilungsleiter

**Widmung einer Verkehrsfläche**

Die folgende Verkehrsfläche im Stadtbezirk Bonn, Ortsteil Gronau, wird gemäß § 6 in Verbindung mit § 3 Abs. 4 Nr. 1 des Straßen- und Wegegesetzes NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1995 (GV NRW S. 1028 ff), zuletzt geändert durch das Erste Gesetz zum Bürokratieabbau vom 13.03.2007 (GV NRW S. 133), als Gemeindestraße, bei der die Belange des Verkehrs überwiegen, dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

**„Petra-Kelly-Allee“, im Stadtbezirk Bonn, Ortsteil Gronau**

Dabei erstreckt sich die Widmung der Straße bei den in den Anlagen 5A und 5B mit

gekennzeichneten Flurstücken Gemarkung Kessenich, Flur 1, Nrn. 929 tlw., 974 tlw., 1143 tlw., 1152 tlw. und Gemarkung Plittersdorf, Flur 1, Nrn. 277, 278, 279 und 280 auf alle Arten des öffentlichen Verkehrs.

Die Wirkung der Widmungsverfügung beginnt am Tag ihrer öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt der Bundesstadt Bonn.

Gegen die Widmung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntmachung Klage erhoben werden. Die Klage ist bei dem Verwaltungsgericht Köln, Appellhofplatz, 50667 Köln, schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären. Der Klage sollen zwei weitere Ausfertigungen beigefügt werden.

Es besteht die Möglichkeit, sich vorab beim Zentralen Vergabeamt, Stadthaus, Etage 4 C, Berliner Platz 2, 53103 Bonn, Telefonnummer 77 2615, clemens.juessen@bonn.de über das Widmungsverfahren zu informieren. Die Klagefrist wird dadurch allerdings nicht verändert.

Bonn, den 8. November 2011

Der Oberbürgermeister
Im Auftrag

gez. Christoph Bartscher
Abteilungsleiter

## Widmung einer Verkehrsfläche

Die folgende Verkehrsfläche im Stadtbezirk Bad Godesberg, Ortsteil Plittersdorf, wird gemäß § 6 in Verbindung mit § 3 Abs. 4 Nr. 2 des Straßen- und Wegegesetzes NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1995 (GV NRW S. 1028 ff), zuletzt geändert durch das Erste Gesetz zum Bürokratieabbau vom 13.03.2007 (GV NRW S. 133), als Gemeindestraße, bei der die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen, dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

**„Suebenstraße", im Stadtbezirk Bad Godesberg, Ortsteil Plittersdorf**

Dabei erstreckt sich die Widmung der Straße bei den auf der Anlage 6 mit

gekennzeichneten Flurstücken Gemarkung Friesdorf, Flur 3, Nrn. 857 tlw., 982, 983 und 1048 tlw. auf alle Arten des öffentlichen Verkehrs und bei dem auf der Anlage 6 mit

gekennzeichnetem Flurstück Gemarkung Friesdorf, Flur 3, Nr. 1048 tlw. auf den Fußgänger- und Radfahrverkehr.

Die Wirkung der Widmungsverfügung beginnt am Tag ihrer öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt der Bundesstadt Bonn.

Gegen die Widmung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntmachung Klage erhoben werden. Die Klage ist bei dem Verwaltungsgericht Köln, Appellhofplatz, 50667 Köln, schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären. Der Klage sollen zwei weitere Ausfertigungen beigefügt werden.

Es besteht die Möglichkeit, sich vorab beim Zentralen Vergabeamt, Stadthaus, Etage 4 C, Berliner Platz 2, 53103 Bonn, Telefonnummer
77 2615, clemens.juessen@bonn.de über das Widmungsverfahren zu informieren. Die Klagefrist wird dadurch allerdings nicht verändert.

Bonn, 8. November 2011

Der Oberbürgermeister
Im Auftrag

gez. Christoph Bartscher
Abteilungsleiter

**Versteigerung von Fundsachen des Fundbüros der Stadt Bonn**

Am Dienstag, dem **29. November 2011** werden **ab 08.30 Uhr** im Versteigerungssaal des Stadthauses, Berliner Platz 2, Parkdeck 1, Aufzugsgruppe 2, 53111 Bonn, meistbietend gegen sofortige Barzahlung folgende Fundsachen versteigert:

ca. 60 Fahrräder
diverse Elektrogeräte
Stock- und Taschenschirme,
Handschuhe,
Bekleidung, Schuhe,
Brillen, Rucksäcke,
Einkaufstaschen, Schultaschen,
Geldbörsen, Briefmappen,
Uhren, Schmuck,
und sonstige Gebrauchsgegenstände

**Das Fundbüro Bonn bleibt an diesem Tag geschlossen.**

Bonn, den 07.11.2011

Der Oberbürgermeister
Im Auftrag

gez. Schubert
Sachgebietsleiter

**Bekanntmachung des Umlegungsausschusses der Bundesstadt Bonn**

Der Beschluss des Umlegungsausschusses lfd. Nr. 3 vom 26.09.2011 betr. die Ord.-Nr. **1 (tlw.)** und **5 (tlw.)** über die Vorwegnahme der Entscheidung gemäss § 76 des Baugesetzbuches (BauGB) in der derzeit geltenden Fassung im Umlegungsgebiet 220 in der Gemarkung Röttgen, Flur 5 ist gemäss § 71 BauGB für die Ord.-Nr. **1 (tlw.)** und die Ord.-Nr. **5 (tlw.)** am **02.11.2011** unanfechtbar geworden.

Mit dieser Bekanntmachung im Amtsblatt der Bundesstadt Bonn wird gemäss § 72 BauGB der bisherige Rechtszustand durch den im o.a. Beschluss vorgesehenen neuen Rechtszustand ersetzt.

Bonn, den 07.11.2011

Der Vorsitzende

gez.

Prof. Dr. Söfker

**BUNDESSTADT BONN**
**Der Oberbürgermeister**

## Bekanntmachung

Planfeststellung gem. §§ 72 ff. Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) i.V.m. §§ 18 ff Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) für den Neubau des Haltepunktes Bonn UN-Campus (vormals Bonn Bundesviertel),

Strecke 260 Köln-Bingen, km 34,330 - km 34,650

Auf Veranlassung der Bezirksregierung Köln als Anhörungsbehörde wird bekannt gemacht:

Die für das o.a. Bauvorhaben erhobenen fristgerechten Einwendungen sowie die abgegebenen Stellungnahmen der Behörden gegen den ausgelegten Plan werden in einer Verhandlung

**am Dienstag, 06.12.2011, ab 10 Uhr**
**Stadthaus Bonn**
**Sitzungsraum 1**
**Berliner Platz 2**
**53103 Bonn**

erörtert. Anfragen hinsichtlich des Zeitpunktes der Erörterung der jeweiligen Einwendung können nicht beantwortet werden.

Die Teilnahme ist jedem, dessen Belange durch das Bauvorhaben berührt werden, freigestellt. Verspätete Einwendungen sind ausgeschlossen und bleiben bei der Erörterung unberücksichtigt.

Diejenigen, die fristgerecht Einwendungen erhoben haben, können sich durch einen Bevollmächtigten im Termin vertreten lassen. Dieser hat seine Bevollmächtigung durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen und diese zu den Akten der Anhörungsbehörde zu geben.

Es wird darauf hingewiesen, daß bei Ausbleiben eines Beteiligten (Betroffenen) auch ohne ihn verhandelt werden kann und daß das Anhörungsverfahren mit Schluß der Verhandlung beendet ist.

Durch die Teilnahme am Erörterungstermin oder durch Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.
Weiterhin wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass über die Höhe möglicher Entschädigungsansprüche, deren Regelung einem besonderen Verfahren vorbehalten ist, nicht verhandelt werden kann und dass das Anhörungsverfahren mit dem Schluß dieses Erörterungstermines beendet ist.

**Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich**.

Bonn, den 04.11.2011

Der Oberbürgermeister
In Vertretung

Werner Wingenfeld

# Öffentliche Zustellung

**nach § 10 des Landeszustellungsgesetzes NRW vom 07.03.2006**
**(GV. NW. S. 94/SGV. NW. 2010) in der zur Zeit gültigen Fassung**

Die Ordnungsverfügung(en) der Stadt Bonn – Ausländeramt – 33-6

| | |
|---|---|
| Datum der Verfügung<br>07.11.2011 | Az.:<br>33-64-we |
| Betroffene/r, Name, Vorname, letzte bekannte Anschrift<br>VU, Van Hung, ohne festen Wohnsitz | |
| Datum der Verfügung | Az.: |
| Betroffene/r, Name, Vorname, letzte bekannte Anschrift | |
| Datum der Verfügung | Az.: |
| Betroffene/r, Name, Vorname, letzte bekannte Anschrift | |
| Datum der Verfügung | Az.: |
| Betroffene/r, Name, Vorname, letzte bekannte Anschrift | |
| Datum der Verfügung | Az.: |
| Betroffene/r, Name, Vorname, letzte bekannte Anschrift | |
| Datum der Verfügung | Az.: |
| Betroffene/r, Name, Vorname, letzte bekannte Anschrift | |
| Datum der Verfügung | Az.: |
| Betroffene/r, Name, Vorname, letzte bekannte Anschrift | |
| Datum der Verfügung | Az.: |
| Betroffene/r, Name, Vorname, letzte bekannte Anschrift | |

jetzt unbekannten Aufenthaltes, liegt zur Abholung oder Einsichtnahme durch die Empfänger oder deren Bevollmächtigten während der Dienststunden im Dienstgebäude Oxfordstr. 19, 53111 Bonn bereit.
Das vorgenannte Dokument wird durch die öffentliche Bekanntmachung zugestellt. Hierdurch werden Fristen in Gang gesetzt, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen.

Bonn, den 07.11.2011

Der Oberbürgermeister
Im Auftrag

Wendels

# Öffentliche Zustellung

**nach § 10 des Landeszustellungsgesetzes NRW vom 07.03.2006**
**(GV NRW. S. 94 / SGV NRW. 2010) in der zurzeit gültigen Fassung**

Die Bescheide der Stadt Bonn – Amt 33 - 2 –

| | |
|---|---|
| Datum<br>08.08.2011 | PK-Nr.<br>7777.9997.8989 |
| Betroffene/r<br>Heuer, Dirk, Godesberger Str. 9, 53175 Bonn | |
| Datum<br>29.08.2011 | PK-Nr.<br>7777.8782.7115 |
| Betroffene/r<br>Deuer, Tobias Romica, Reitzensteinstr. 16, 70 190 Stuttgart | |
| Datum<br>07.11.2011 | PK-Nr.<br>7777.8805.2222 |
| Betroffene/r<br>Dimov, Ivan Zhelyazkov, Heerstr. 170, 53 111 Bonn | |
| Datum<br>02.11.2011 | PK-Nr.<br>7777.8775.5688 |
| Betroffene/r<br>Steiner, Ulrich Willi, Am Schoteshof 5, 41 751 Viersen | |
| Datum<br>04.08.2011 | PK-Nr.<br>7779.3077.8689 |
| Betroffene/r<br>Maaß, Carsten, Danziger Str. 3, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler | |
| Datum<br>24.08.2011 | PK-Nr.<br>7779.3079.6539 |
| Betroffene/r<br>Maaß, Carsten, Danziger Str. 3, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler | |
| Datum<br>24.08.2011 | PK-Nr.<br>7779.3079.6857 |
| Betroffene/r<br>Woineck, Sascha Benjamin, Burgstr. 53, 53 332 Bornheim | |
| Datum | PK-Nr.<br>7777. |
| Betroffene/r<br>Bonn | |

jetzt unbekannten Aufenthaltes, liegen zur Abholung durch die Empfänger oder deren Bevollmächtigten während der Dienststunden im Stadthaus, Berliner Platz 2, Etage 4 A, Registratur, 53111 Bonn, bereit.
Das vorgenannte Dokument wird durch die öffentliche Bekanntmachung zugestellt; hierdurch werden Rechtsmittelfristen in Gang gesetzt.

Bonn, den **08. November 2011**

Der Oberbürgermeister
Im Auftrag

gez. Schöps

/ 2.99

**3. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Inanspruchnahme des Rettungsdienstes der Bundesstadt Bonn**

**Vom 27.Oktober 2011**

Der Rat der Bundesstadt Bonn hat in seiner Sitzung am 20. Oktober 2011 aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14 Juli 1994 (GV. NRW. S. 666/SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2011 (GV. NRW. S. 270, 271), und der §§ 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1969 (GV. NRW. S. 712/SGV. NRW. 610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2009 (GV. NRW. S. 394), folgende Gebührensatzung beschlossen:

**Artikel I**

**§ 4 wird wie folgt geändert:**

Satz 1 wird zu Abs. 1

Abs. 2 wird eingefügt:

„(2) Wer den Rettungsdienst anfordert, wird als Gebührenschuldner nur in Anspruch genommen

a) in Fällen böswilliger Alarmierung
b) und/oder wenn er gegenüber dem/der Hilfebedürftigen aus vertraglichen oder gesetzlichen Gründen zur Übernahme der Kosten verpflichtet ist.“

Satz 2 wird zu Satz 3 und Abs.3:

„(3) Bei Geschäftsunfähigen ist derjenige Gebührenschuldner, dem nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Rechts die Personensorge obliegt. Sind mehrere Personen gebührenpflichtig, so haften sie als Gesamtschuldner.“

**Artikel II**

Der Gebührentarif zur Gebührensatzung für die Inanspruchnahme des Rettungsdienstes der Bundesstadt Bonn erhält folgende Fassung:

**Gebührentarif zur Gebührensatzung für die Inanspruchnahme des Rettungsdienstes der Bundesstadt Bonn**

| Tarif-Nr. | Bemessungsgrundlage | Gebühr EURO |
|---|---|---|
| 1 | Notfallrettung;<br>Inanspruchnahme des Rettungswagens | |
| 1.1 | Versorgung und Transport eines Patienten von der Notfallstelle bis zum Ziel | 210,31 |
| 1.2 | Anschließende Weiterfahrt vom 1. Ziel zu anderen Zielen oder Rücktransport je Fahrt ohne neue Anfahrt | 52,58 |
| 1.3 | Transport von Begleitpersonen<br>Abholen von Personen zur Begleitung eines Patienten oder Rücktransport nach Begleitung eines Patienten je Person | 52,58 |
| 1.4 | Anfahrten ohne Transport | |
| 1.4.1 | Anfahrt mit Versorgung ohne Transport | 105,16 |
| 1.4.2 | Anfahrt ohne Versorgung und ohne Transport/ böswillige Alarmierung | 105,16 |
| 1.5 | Transport von Blut, Blutkonserven, Medikamenten, Transplantaten u.a. | 210,31 |
| 1.6 | Wartezeiten und Bereitstellungen:<br>Nach 15 Minuten für jede weitere angefangene ¼ Std. | 52,58 |
| 1.7 | Außerhalb des Stadtgebietes zusätzlich zu den Gebühren nach Tarif-Nr. 1.1 – 1.5 für die außerhalb des Stadtgebietes zurückgelegte Fahrstrecke je km/Zeitzuschlag | 3,51 |
| 1.8 | Bei gleichzeitiger Versorgung mehrerer Patienten werden die Gebühren nach Tarif-Nr. 1.1 – 1.7anteilig berechnet. | |
| 2 | Notfallrettung;<br>Inanspruchnahme des Notarztdienstes | |
| 2.1 | Anfahrt mit Beratung, Untersuchung, Behandlung oder Versorgung eines Patienten | 280,85 |

| Tarif-Nr. | Bemessungsgrundlage | Gebühr EURO |
|---|---|---|
| 2.2 | Anfahrt ohne Tätigwerden des Notarztes | 140,42 |
| 2.3 | Außerhalb des Stadtgebietes zusätzlich zu den Gebühren nach Tarif-Nr. 2.1 – 2.2 für die außerhalb des Stadtgebietes zurückgelegte Fahrstrecke je km/Zeitzuschlag | 4,68 |
| 2.4 | Bei einer Anfahrt zu mehreren Patienten werden die Gebühren nach Tarif-Nr. 2.1 – 2.3 anteilig berechnet. | |
| 3 | Qualifizierter Krankentransport; Inanspruchnahme des Krankentransportdienstes (Krankentransportwagen oder Rettungswagen, wenn dieser zum Krankentransport eingesetzt wird) | |
| 3.1 | Transport eines Patienten von der Abholstelle bis zum Ziel | 79,52 |
| 3.2 | Anschließende Weiterfahrt vom 1. Ziel zu anderen Zielen oder Rücktransport je Fahrt ohne neue Anfahrt | 19,88 |
| 3.3 | Transport von Begleitpersonen Abholen von Personen zur Begleitung eines Patienten oder Rücktransport eines Patienten je Person | 19,88 |
| 3.4 | Anfahrt mit Hilfeleistung ohne Transport | 39,76 |
| 3.5 | Transport von Blut, Blutkonserven, Medikamenten, Transplantaten u.a. | 79,52 |
| 3.6 | Wartezeiten und Bereitstellungen: Nach 15 Minuten für jede weitere angefangene ¼ Stunde | 19,88 |
| 3.7 | Außerhalb des Stadtgebietes zusätzlich zu den Gebühren nach Tarif-Nr. 3.1 – 3.5 für die außerhalb des Stadtgebietes zurückgelegte Fahrstrecke je km/Zeitzuschlag | 1,33 |
| 3.8 | Bei gleichzeitigem Transport mehrerer Patienten werden die Gebühren nach Tarif-Nr. 3.1 – 3.7 anteilig berechnet. | |

| Tarif-Nr. | Bemessungsgrundlage | Gebühr EURO |
|---|---|---|
| 4 | Inanspruchnahme sonstiger Leistungen des Rettungsdienstes | |
| 4.1 | Abholen bzw. Rücktransport eines Frühgeburtentransportinkubators von/zu einem Krankenhaus | 52,58 |
| 4.2 | Desinfektion eines Krankenkraftwagens oder eines anderen Kraftfahrzeuges | 80,24 |

**Artikel III**

Diese Satzung tritt am 01. Januar 2012 in Kraft.

**- - -**

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,

b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,

c) der Oberbürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder

d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bonn, den 27. Oktober 2011

Nimptsch
Oberbürgermeister

## 4. Satzung zur Änderung der Gebührenordnung und des Gebührentarifs für die Musikschule der Bundesstadt Bonn

**Vom 27.Oktober 2011**

Der Rat der Bundesstadt Bonn hat in seiner Sitzung am 20. Oktober 2011 aufgrund § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666/SGV. NRW.2023) zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2011 (GV.NRW. S. 270, 271) und der §§ 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1969 (GV. NRW. S. 712/ SGV.NRW. 610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2009 (GV. NRW. S. 394) folgende Satzung beschlossen:

### Artikel I

Die Gebührenordnung für die Musikschule der Bundesstadt Bonn vom 22. Juni 1998 (Amtsblatt der Bundesstadt Bonn S. 310), geändert durch Satzung vom 2. Oktober 2002 (Amtsblatt der Bundesstadt Bonn S. 606) wird wie folgt geändert:

**1. § 1 wird wie folgt neu gefasst:**

„Für die Anmeldung zu und Teilnahme an den Unterrichtsveranstaltungen der Musikschule und für die Vermietung von Musikinstrumenten werden Gebühren nach dem anliegenden Gebührentarif, der Bestandteil dieser Gebührenordnung ist, erhoben. Die Anmeldegebühr wird mit der ersten Einteilung zu einem Unterrichtsangebot der Musikschule fällig.“

**2. In § 2 Abs. 2 wird nach dem Satz 1 Folgendes ergänzt:**

„(geringe Abweichungen hiervon liegen in den Auf- bzw. Abrundungen der Jahresbeiträge, die nun monatlich fällig werden.)“.

**3. In § 2 Abs. 2 wird in Satz 3 nach dem Wort „befinden“ Folgendes ergänzt:**

„oder Freiwillige i.S.d. Bundesfreiwilligendienstgesetzes sind.“

**4. § 4 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:**

„Die Unterrichtsgebühren sind Jahresgebühren für ein Schuljahr. Sie sind in 12 Raten, die monatlich zu jedem 5. fällig werden, zu bezahlen.“

**5. § 7 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:**

„Sollten aus einem von der Musikschule zu vertretenden Grund weniger als 35 Unterrichtsstunden pro Schuljahr unterrichtet werden, so wird für jede ausgefallene Unterrichtsstunde, die unter dem Jahresmindestsoll von 35 Unterrichtsstunden liegt, 1/35 der Jahresgebühr erstattet.“

**6. § 7 Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:**

„Erfolgt die Einteilung zum Unterricht im laufenden Schuljahr wird die Unterrichtsgebühr für das betreffende Schuljahr anteilig für die eingeteilten Monate berechnet.“

**7. § 7 Abs. 4 wird wie folgt neu gefasst:**

„Erfolgt die Einteilung zum Unterricht im laufenden Schuljahr, wird die Gebühr anteilig gemindert, wenn das anteilige Jahresmindestsoll für das Schuljahr nicht erreicht wird. Das anteilige Jahresmindestsoll an Unterrichtsstunden wird von der Anzahl der eingeteilten Unterrichtsmonate berechnet.“

## Artikel II

Der Gebührentarif zur Gebührenordnung für die Musikschule der Bundesstadt Bonn erhält neu folgende Fassung:

### „Gebührentarif zur Gebührenordnung für die Musikschule der Bundesstadt Bonn

| Tarif-Nr. | Bemessungsgrundlage | Unterrichts-einheit Min./Woche | Jahresgebühr EUR | Monatlich EUR |
|---|---|---|---|---|
| **1** | **Grundfächer** | | | |
| 1.1 | Musikalische Früherziehung | 75‘ | 228,00 | 19,00 |
| 1.2 | Musikalische Grundausbildung | 75‘ | 228,00 | 19,00 |
| 1.3 | Eltern-Kind-Kurse | 60‘ | 228,00 | 19,00 |
| 1.4 | Elementare Musikerziehung | 75’ | 228,00 | 19,00 |
| **2** | **Instrumental- und Vokalunterricht (Hauptfach)** | | | |
| 2.1.1 | Große Gruppe (ab 4 Schüler) | 60‘ | 600,00 | 50,00 |
| 2.1.2 | Große Gruppe Erwachsene* | 60’ | 804,00 | 67,00 |
| 2.2.1 | Kleine Gruppe (2-3 Schüler) | 45‘ | 600,00 | 50,00 |
| 2.2.2 | Kleine Gruppe Erwachsene* | 45’ | 804,00 | 67,00 |
| 2.3.1 | Einzelunterricht | 30‘ | 660,00 | 55,00 |
| 2.3.2 | Einzelunterricht Erwachsene* | 30’ | 900,00 | 75,00 |
| 2.4.1 | Einzelunterricht | 45‘ | 948,00 | 79,00 |
| 2.4.2 | Einzelunterricht Erwachsene* | 45’ | 1.272,00 | 106,00 |
| 2.5.1 | Einzelunterricht | 60‘ | 1.080,00 | 90,00 |

*)Erwachsene sind Teilnehmerinnen und Teilnehmer ab dem vollendeten 18. Lebensjahr. Ausgenommen sind Teilnehmerinnen und Teilnehmer bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres, wenn sie sich in Schulausbildung, Studium, Berufsausbildung, Ersatz- oder Wehrdienst oder freiwilligem sozialem Jahr befinden oder Freiwillige i.S.d. Bundesfreiwilligendienstgesetzes sind.

**3 Ergänzungsunterricht als Hauptfach**

| | | Jahresgebühr EUR | vierteljährlich EUR |
|---|---|---|---|
| 3.1 | Ergänzungsfächer außer Kammermusik | 156,00 | 13,00 |

3.2 Kammermusik — wie Gruppenunterricht entsprechend dem jeweiligen Gruppentarif aus 2.1 oder 2.2

## 4 Ermäßigungen

Ermäßigungen werden gewährt:
a) aus sozialen Gründen (Absatz 2)
b) bei Unterricht von mehreren Mitgliedern einer Familie (Absatz 3)

Ermäßigungen können gewährt werden:
c) im Falle der Feststellung einer besonderen Begabung bei Belegung mehrerer Fächer (Absatz 4)
d) bei der Teilnahme am Ergänzungsunterricht als Hauptfach aufgrund eines besonderen Interesses der Musikschule (Absatz 5).“

Gründe und Höhe der Ermäßigung ergeben sich aus § 5 und § 6 Abs. 2 der Gebührenordnung.

## 5 Überlassung von Musikinstrumenten

5.1 Für die Bereithaltung städtischer Klaviere und Flügel ist je bezahltem Unterrichtsmonat im Fachbereich Klavier unabhängig vom tatsächlichen Nutzungsumfang eine monatliche Bereitstellungsgebühr von 2,00 EUR zu entrichten.
Für die Bereitstellung von Harfen, Schlagzeugen und Kontrabässen ist für jeden zu bezahlenden Unterrichtsmonat in diesen Fächern unabhängig vom tatsächlichen Nutzungsumfang eine monatliche Bereitstellungsgebühr von 1,00 EUR zu entrichten.

5.2 Die Mietgebühr beträgt für Musikinstrumente

| | | **Jahresgebühr EUR** | **monatlich EUR** |
|---|---|---|---|
| 5.2.1 | der Instrumentengruppe 1 | 92,00 | 7,67 |
| | ab dem 2. Jahr* | 153,00 | 12,75 |
| 5.2.2 | der Instrumentengruppe 2 | 123,00 | 10,25 |
| | ab dem 2. Jahr* | 184,00 | 15,33 |
| 5.2.3 | der Instrumentengruppe 3 | 184,00 | 15,33 |
| | ab dem 2. Jahr* | 245,00 | 20,42 |

*Instrumente in kleiner Ausführung (Mensur) für Kinder in der Wachstumsphase werden ausschließlich zum Tarif für das erste Jahr vermietet.

Instrumentengruppe 1: Gitarre, Violine
Instrumentengruppe 2: Akkordeon, Viola, Violoncello, Kontrabass, Querflöte, Klarinette, Trompete, Posaune, Horn (je nach Ausführung)
Instrumentengruppe 3: Oboe, Fagott, Horn (je nach Ausführung), Saxophon, Tuba

**6 Anmeldegebühr in Höhe von 10 EUR**

Für die Anmeldung zu Unterrichtsveranstaltungen der Musikschule ist eine Anmeldegebühr in Höhe von 10 EUR zu bezahlen. Die Gebühr wird mit der erstmaligen Einteilung zum Unterricht fällig.“

**Artikel III**

Diese Satzung tritt am **01. Januar 2012** in Kraft.

**- - -**

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,

b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,

c) der Oberbürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder

d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bonn, den 27. Oktober 2011

Nimptsch
Oberbürgermeister

**Änderung des Entgelttarifes zur Entgeltordnung**
**für die Volkshochschule der Bundesstadt Bonn**

Der Rat der Bundesstadt Bonn hat in seiner Sitzung am 20.Oktober 2011 aufgrund des § 41 Abs. 1 Buchst. i) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666/SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetze vom 24. Mai 2011 (GV. NRW. S. 270, 271) folgende Änderungen des Entgelttarifes zur Entgeltordnung der Volkshochschule der Bundesstadt Bon beschlossen:

**I.** Der Entgelttarif zur Entgeltordnung der Volkshochschule der Bundesstadt Bonn, zuletzt geändert durch Ratsbeschluss vom13. Juni 2007, wird wie folgt geändert:

1. In der Tarif-Nr. 2 (Kurse je Doppelstunde) wird die Angabe „Mindestteilnehmerzahl 6“ durch „Mindestteilnehmerzahl 5“ und die Entgelthöhe von „4,40 – 12,00“ durch „5,00 – 15,00“ ersetzt.

2. In der Tarif-Nr. 3 erhält die Bemessungsgrundlage folgende Fassung: „Einzelveranstaltungen und Kurzseminare bis 4 Stunden (je Veranstaltung je nach Dauer)“.
   Bei der Entgelthöhe der Tarif-Nr. 3 wird der Betrag „4,50“ durch die Angabe „5,00 – 15,00“ ersetzt.

3. Bei den „Anmerkungen zu Tarif-Nrn. 2-4“ wird die Betragsangabe „4,40“ durch „5,00“ ersetzt.

4. In Tarf-Nr. 5 wird bei der Aufzählung des ermäßigten Personenkreises die Bezeichnung „Helferinnen/Helfer im freiwilligen sozialen Jahr“ durch die Bezeichnung
   „Teilnehmende am Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) oder Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) sowie am Bundesfreiwilligendienst“ ersetzt.

   Ebenfalls in Tarif-Nr. 5 wird die Bezeichnung „Wehr und Wehrersatzdienstleistende (mit Ausnahme von Berufs- und Zeitsoldaten)“ ersatzlos gestrichen.

**II.** Die vorstehenden Änderungen treten mit Wirkung vom 1. Januar 2012 in Kraft

Bonn, 27. Oktober 2011

Nimptsch
Oberbürgermeister

## Entgelttarif der Volkshochschule der Bundesstadt Bonn

| Nr. | Bemessungsgrundlage | Entgelt EURO |
|---|---|---|
| 1 | Anmeldung und fristgerechte Abmeldung (Stornierung) je Kurs | 6,10 |
| 2 | Kurse je Doppelstunde (90 Minuten, Mindestteilnehmerzahl 5)<br>Die Entgelte werden individuell nach folgenden Kriterien festgelegt:<br>• Anzahl der Teilnehmer<br>• Größe / Ausstattung des Raumes<br>• Höhe der Bezuschussung durch Dritte<br>• Höhe Dozentenhonorar<br>• Prüfungsaufwändige Kurse<br>• Intensität der Betreuung | 5,00 – 15,00 |
| 3 | Einzelveranstaltungen und Kurzseminare bis 4 Stunden<br>(je Veranstaltung je nach Dauer) | 5,00 – 15,00 |
| 4 | Für eintägige Studienfahrten wird das Entgelt unter Berücksichtigung der tatsächlichen Kosten festgesetzt.<br>Mehrtägige Studienfahrten werden durch Veranstalter vermittelt, die i.S. des Reisevertragsrechtes haftungspflichtig sind.<br>Die VHS erhebt eine Verwaltungspauschale von mindestens 10% bis max. 20%. | |
| | <u>Anmerkungen zu den Tarif-Nrn. 2-4:</u><br>Die Tarif-Nrn. 2-4 gelten für Veranstaltungen im Aufgabenbereich der Weiterbildung nach § 3 WbG NW.<br>Für **Kurse**, die der Grundversorgung nach § 11 WbG NW dienen, soll in der Regel das Mindestentgelt von 5,00 EUR angesetzt werden.<br>Für **Veranstaltungen** nach den Nummern 2-4 außerhalb des Aufgabenbereichs der Weiterbildung nach § 3 WbG NW sind grundsätzlich kostendeckende Entgelte anzusetzen. Soweit es sich um Angebote in Bereichen handelt, die auch von Sportvereinen, Kunstschulen und kommerziellen Anbietern vorgehalten werden, sind die Ziele der städtischen Sport-, Kultur- und Wirtschaftsförderung zu beachten. | |

| | | |
|---|---|---|
| 5 | Eine Ermäßigung von **30 %** des Teilnehmerentgeltes erhalten:<br>• Schwerbehinderte im Sinne des § 1 des Schwerbehindertengesetzes<br>• Schülerinnen / Schüler / Au-pair<br>• Studentinnen / Studenten<br>• Auszubildende<br>• Teilnehmende am Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) oder Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) sowie am Bundesfreiwilligendienst<br>Die Anmeldegebühren sind in voller Höhe zu zahlen.<br>Inhaberinnen/Inhaber von Berechtigungsausweisen der Bundesstadt Bonn zur verbilligten Inanspruchnahme städtischer Leistungen (Bonn-Ausweis) erhalten auf die Teilnehmerentgelte eine Ermäßigung gemäß den jeweiligen Richtlinien. Die Anmeldegebühren sind in voller Höhe zu zahlen.<br>Ermäßigungen für die Teilnahme an Studienfahrten und Exkursionen werden nicht gewährt | |
| 6 | Die Festsetzung der Entgelte nach den Tarif-Nrn. 2, und 5 trifft die Leiterin/der Leiter der Volkshochschule. Sie/Er kann in zu begründenden Einzelfällen abweichende Entgelte festlegen und bei sozialer Härte auch teilweise bzw. gänzlich auf ein Entgelt verzichten (z.B. bei Alphabetisierungs- und niedrigschwelligen Sprachkursen) Die jeweilig festgesetzten Entgelthöhen sind prüffähig zu dokumentieren. Ermäßigte Entgelte können besonders in Betracht kommen, wenn dadurch die Durchführung experimenteller und innovativer Veranstaltungen gesichert oder wesentlich erleichtert werden kann. | |

**Honorarrichtlinien der Volkshochschule der Bundesstadt Bonn**

| Unterrichtsbereich (neu) | Honorar je Doppelstunde (90 Minuten) EURO |
|---|---|
| Allgemeinbildende Kurse | bis zu 37,00 |
| Sprach- und Deutschkurse | bis zu 40,00 |
| Kurse zur Vorbereitung auf Prüfungen (inkl. Korrekturpauschale),<br>Kurse mit erhöhten Anforderungen an den Dozenten<br>Führungen (je Führung, max. 3 Zeitstunden) | bis zu 44,00 |
| Leitung von Studienfahrten und Exkursionen (je Tag) | bis zu 100,00 |
| Vorträge (je Vortrag) | bis zu 250,00 |
| Ausfallentschädigung für Vorträge bei zu geringer Teilnehmerzahl | bis zu 50% des Honorars |
| Fahrtkosten werden grundsätzlich nicht erstattet. Für Dozenten, die nicht aus der Region Bonn kommen, können auf Antrag die Fahrtkosten erstattet werden. | |
| Die VHS-Leitung kann im begründeten Einzelfall ein höheres Honorar festsetzen. Begründete Einzelfälle können z.B. sein: besonders qualifizierte Dozenten für entsprechende Kurse, besonders hoher Vorbereitungsaufwand. | |

**Erste Verordnung**
**zur Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung**
**über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung**
**im Gebiet der Bundesstadt Bonn (Bonner Straßenordnung – StrO)**

**Vom 27. Oktober 2011**

Aufgrund der §§ 27 Abs. 1, 4 Satz 1, 31 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden – Ordnungsbehördengesetz (OBG) – in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV NW S. 528 / SGV NW 2060) zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 2009 (GV NRW S. 765, 793) und § 15 Abs. 2 des Hundegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeshundegesetz – LHundG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 2002 (GV NRW S. 656) wird von der Bundesstadt Bonn als örtliche Ordnungsbehörde gemäß Beschluss des Rates der Bundesstadt Bonn vom 20.Oktober 2011 für das Gebiet der Bundesstadt Bonn folgende Änderungsverordnung erlassen:

**Artikel I**

Die ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Bundesstadt Bonn vom 19. Dezember 2008 wird wie folgt geändert:

1. §4 a wird wie folgt eingefügt:

   „Benutzungsregelungen für Spielflächen und Kinderspieleinrichtungen

   (1) Im Geltungsbereich dieser Verordnung ist es untersagt, auf Spielflächen sowie Kinderspieleinrichtungen Tabakwaren oder sonstige Produkte zu rauchen sowie Alkohol zu konsumieren.
   (2) Ebenso ist das Wegwerfen von Tabakwaren, Teilen davon (z.B. Zigarettenkippen) oder anderen zum Rauchen gebräuchlichen Hilfsmitteln sowie Flaschen und sonstige Verpackungen jeglicher Art untersagt.“

2. In § 9 Abs. 1 werden die Nrn. 8-14 zu den Nrn. 10-16.

3. In § 9 Abs. 1 werden folgende Nrn. 8 und 9 neu eingefügt:

   „8. entgegen § 4a Abs. 1 Tabakwaren oder sonstige Produkte raucht oder Alkohol konsumiert,

   9. entgegen § 4a Abs. 2 Tabakwaren, Teile davon oder andere zum Rauchen gebräuchliche Hilfsmittel sowie Flaschen und sonstige Verpackung jeglicher Art wegwirft,“

**Artikel II**

Die vorstehende Änderungsverordnung tritt eine Woche nach dem Tag ihrer Verkündung in Kraft.

Bundesstadt Bonn
als örtliche Ordnungsbehörde

**- - -**

Die vorstehende Verordnung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Verordnung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,

b) diese Verordnung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,

c) der Oberbürgermeister hat den Verordnungsbeschluss vorher beanstandet oder

d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bonn, den 27. Oktober 2011

Nimptsch
Oberbürgermeister

**Ordnungsbehördliche Verordnung**
**über das Offenhalten von Verkaufsstellen**
**aus Anlass der Weihnachtsmärkte in Bonn**
**„Ganz Bonn ist offen“**

**Vom 27. Oktober 2011**

Auf Grund des § 6 Abs. 1 und 4 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz - LÖG NRW) vom 16. November 2006 (GV. NRW. S. 516/SGV. NRW. 7113) und den §§ 25 ff. des Ordnungsbehördengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV. NRW. S. 528/SGV. NRW. 2060), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08. Dezember 2009 (GV. NRW. S. 765, 793), wird von der Bundesstadt Bonn als örtlicher Ordnungsbehörde gemäß Beschluss des Rates der Bundesstadt Bonn vom 20. Oktober 2011 folgende Verordnung erlassen:

**§ 1**

(1) Aus Anlass der jährlich in Bonn stattfindenden Weihnachtsmärkte dürfen Verkaufsstellen an einem Adventssonntag im gesamten Stadtgebiet in der Zeit von 13.00 – 18.00 Uhr geöffnet sein.

(2) Termin des Jahres 2011 ist Sonntag, der 11. Dezember 2011.

(3) Der genaue Termin des verkaufsoffenen Sonntags in den Folgejahren wird jeweils spätestens einen Monat vor der Veranstaltung im Amtsblatt der Bundesstadt Bonn bekannt gemacht.

**§ 2**

Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig Verkaufsstellen an diesem Sonntag außerhalb der in § 1 zugelassenen Geschäftszeiten offen hält. Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 13 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten mit einer Geldbuße bis zu 500,00 Euro geahndet werden.

**§ 3**

Diese Verordnung tritt eine Woche nach dem Tag ihrer Verkündung in Kraft. Sie tritt am 31. Dezember 2016 außer Kraft.

Bundesstadt Bonn
als örtliche Ordnungsbehörde

- - -

Die vorstehende Verordnung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Verordnung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,

b) diese Verordnung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,

c) der Oberbürgermeister hat den Verordnungsbeschluss vorher beanstandet oder

d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bonn, den 27. Oktober 2011

Nimptsch
Oberbürgermeister

**Öffentliche Bekanntmachung der Bundesstadt Bonn**

Gemäß § 48 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV.NRW 2023) zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2009 (GV.NRW. S 380) in Verbindung mit § 18 der Hauptsatzung der Bundesstadt Bonn vom 1. Juli 1996 zuletzt geändert mit Satzung vom 28. September 2009 wird hiermit öffentlich bekannt gegeben, dass eine Sitzung des Rates der Bundesstadt Bonn

**am Donnerstag, dem 24. November 2011, 18:00 Uhr,**
**im Ratssaal des Stadthauses, Berliner Platz 2, Bonn,**

stattfindet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Fragestunde statt:

1. Drucksachen-Nr.: **1113373**
   Große Anfrage: Stv. Bernhard Wimmer, Stv. Johannes Schott und BBB-Fraktion vom 03.11.2011
   **Festspielhaus Beethoven;**
   **Absagen der Deutschen Telekom und der Postbank zur Mitfinanzierung des Bauvorhabens**

Tagesordnung

**1 Öffentliche Sitzung**

**1.1 Anerkennung der Tagesordnung**

**1.2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 26.05.2011**

**1.3 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**

**- entfällt -**

**1.4 Vorlagen aufgrund von Empfehlungen der Bezirks-vertretungen und der Ausschüsse**

1.4.1 **Drucksachen-Nr.: 0613077NV3**
**Förderprogramm Solarthermie**

**Weitere Drucksachen der Drucksachen-Gruppe '0613077'**
0613077EB5 Ergänzungsblatt
0613077ST6 Stellungnahme der Verwaltung

1.4.2 Drucksachen-Nr.: **0812403NV14**
**Haus der Natur - Vorentwurfsplanung**

1.4.3 Drucksachen-Nr.: **1010533NV6**
**Beitritt der Bundesstadt Bonn zum Bündnis 'Kommunen für Biologische Vielfalt'**

1.4.4 Drucksachen-Nr.: **1111707NV5**
**Einrichtung einer Ombudsstelle**

**Weitere Drucksachen der Drucksachen-Gruppe '1111707'**
1111707EB6 Ergänzungsblatt

1.4.5 Drucksachen-Nr.: **1112456**
**11. Änderung der Verordnung über die Beförderungsentgelte der für den Verkehr mit den in der Bundesstadt Bonn zugelassenen Taxis Bonner Taxitarif -**

**Weitere Drucksachen der Drucksachen-Gruppe '1112456'**
1112456EB3 Ergänzungsblatt
1112456ST5 Stellungnahme der Verwaltung
1112456EB7 Ergänzungsblatt

1.4.6 Drucksachen-Nr.: **1112876**
**4. (vereinfachte) Änderung des Landschaftsplanes Ennert**

**Weitere Drucksachen der Drucksachen-Gruppe '1112876'**
1112876EB3 Ergänzungsblatt

1.4.7 **Drucksachen-Nr.: 1112974**
**8. Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Bewirtschaftung des Parkraumes und die Erhebung von Parkgebühren für die Benutzung der Parkeinrichtungen im Gebiet der Stadt Bonn (Parkgebührenordnung)**

**Weitere Drucksachen der Drucksachen-Gruppe '1112974'**
1112974EB8 Ergänzungsblatt
1112974ST10 Stellungnahme der Verwaltung
1112974EB11 Ergänzungsblatt

1.4.8 Drucksachen-Nr.: **1113240**
**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 7419-5 (3. Änderung) der Bundesstadt Bonn für ein Gebiet im Stadtbezirk Hardtberg, Ortsteil Duisdorf, zwischen Delpstraße, Fußweg zwischen Delpstraße und Ulrich-von-Hassel-Str., Ulrich-von-Hassel-Str. und einer Parallelen ca. 100 m zu dem genannten Fußweg Finkenhof-**

1.4.9 **Drucksachen-Nr.: 1113316**
**Beethoven Festspielhaus Bonn**

1.4.10 **Drucksachen-Nr.: 1113317**
**Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) in Bonn**
**- Freigabe der Haushaltsmittel**

1.4.11 **Drucksachen-Nr.: 1113323**
**Mietspiegel 2011**

1.4.12 **Drucksachen-Nr.: 1113382**
**Kanalbaumaßnahme Düker Wiesenweg: Bewilligung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung**

**1.5 Anträge von Fraktionen**

1.5.1 **Drucksachen-Nr.: 1113134**
**Antrag: DIE LINKE. vom 11.10.2011**
**Bezüge in kommunalen Unternehmen**

**Weitere Drucksachen der Drucksachen-Gruppe '1113134'**
1113134ST2 Stellungnahme der Verwaltung

1.5.2 Drucksachen-Nr.: **1113227**
Antrag: DIE LINKE. vom 21.10.2011
**Konzerthalle**

1.5.3 **Drucksachen-Nr.: 1113238**
**Antrag: Stv. Bernhard Wimmer und BBB-Fraktion vom 24.10.2011**
**Komngresszentrum - Rechtschutz für städtische Mitarbeiter**

**1.6 Anträge von Ratsmitgliedern**

**- entfällt -**

**1.7 Vorlagen der Verwaltung**

**1.7.1 Drucksachen-Nr.: 1113409**
**Benennung von drei Ratsmitgliedern für die 6. Konferenz der Ratsmitglieder beim**

**Städtetag Nordrhein-Westfalen am 14.12.2011**

**1.7.2 Drucksachen-Nr.:**
**Ersatzwahlen zu Ratsausschüssen und sonstigen Gremien**

**1.8 Mitteilungen**

1.8.1 **Drucksachen-Nr.:**
**Statusbericht World Conference Center Bonn (WCCB)**

1.8.2 **Drucksachen-Nr.: 1112819NV2**
**Stellungnahme der Stadt Bonn zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 107 'Zentrum' der Stadt Sankt Augustin (HUMA-Einkaufspark)**

1.8.3 **Drucksachen-Nr.: 1113278**
**Bericht zur haushaltswirtschaftlichen Lage nach dem 3. Quartal 2011**

1.8.4 **Drucksachen-Nr.: 1113318**
**Bewilligung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 (1) GO NRW bzw. § 85 (1) GO NRW durch den Stadtkämmerer - Liste 11/2010**

1.8.5 **Drucksachen-Nr.: 1113319**
**Bewilligung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 (1) GO NRW bzw. § 85 (1) GO NRW durch den Stadtkämmerer - Liste 3/2011**

1.8.6 **Drucksachen-Nr.: 1113417**
**Punkte der nichtöffentlichen Sitzung**

gez. Jürgen Nimptsch
(Oberbürgermeister)

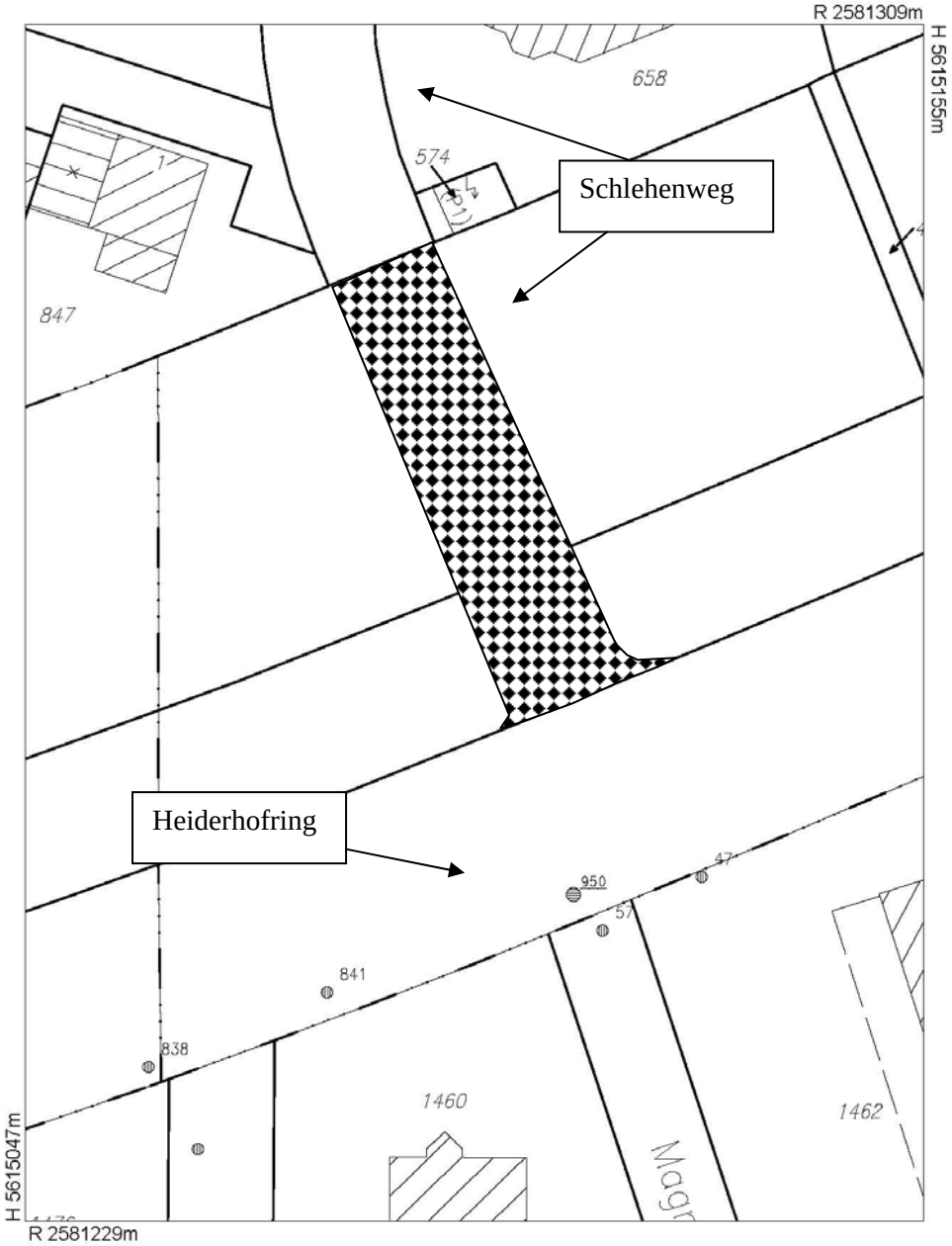
Im Anschluss an die öffentliche Sitzung findet eine nichtöffentliche Sitzung statt, deren Tagesordnung Beschlussvorlagen betr. Verkauf bebauter Grundstücke, Auflösungsvertrag mit dem ehemaligen Betriebsleiter des SGB, Klageverfahren der Stadt Bonn gegen den LVR, Bahnhofsbereich Überbauung Süd sowie drei Mitteilungsvorlagen betr. Projektstatusbericht Konferenzzentrum, Einleitung eines Disziplinarverfahrens und Konzessionsvergabe für die Stromnetze Beuel und Bad Godesberg umfasst.

Einlasskarten für die öffentliche Sitzung sind beim Vorstandsreferat Grundsatzangelegenheiten, Zimmer 2.22, 2. Etage, Altes Rathaus am Markt, 53111 Bonn (Tel.: 77 2039) oder am Sitzungstag an der Information im Eingangsbereich des Stadthauses, Berliner Platz 2, erhältlich.

Nähere Informationen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten können interessierte Internetbenutzer auf der Homepage der Stadt Bonn „www.Bonn.de“ (Rubrik: Rat und Verwaltung/Bürgerdienste online, Auswahl: Rat und Ausschüsse – Bonner Ratsinformationssystem (Bo-Ris)) erfragen. Dort können über verschiedene Suchmöglichkeiten der Inhalt der öffentlichen Vorlagen, die Ergebnisse vorberatender Gremien, die Terminplanung von Rat, Bezirksvertretungen und Ausschüssen sowie Informationen über die Mandatsträger abgerufen werden.

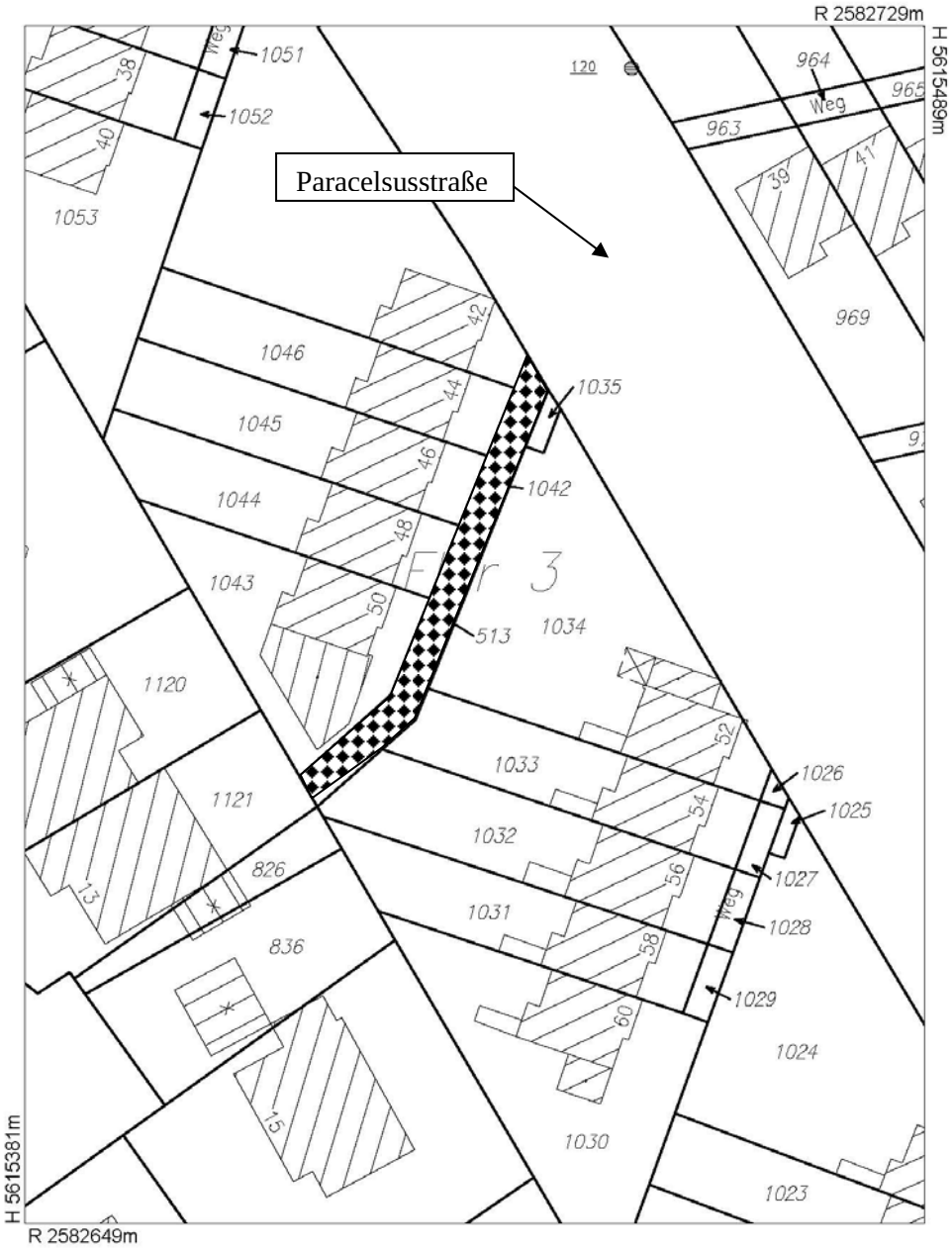
**Als zusätzlichen Service bietet die Stadt Bonn - Ratsbüro - die Zusendung der Tagesordnungen der öffentlichen Sitzungen des Rates als Newsletter über e-mail-Versand an. Entsprechende Wünsche können unter Angabe der e-mail-Adresse an dieter.zilm@bonn.de oder konrad.schmitz@bonn.de gerichtet werden.**

**Widmung des „Schlehenweg“, Teilstück zwischen Haus-Nr. 1 und Heiderhofring**
im Stadtbezirk Bad Godesberg, Ortsteil Heiderhof

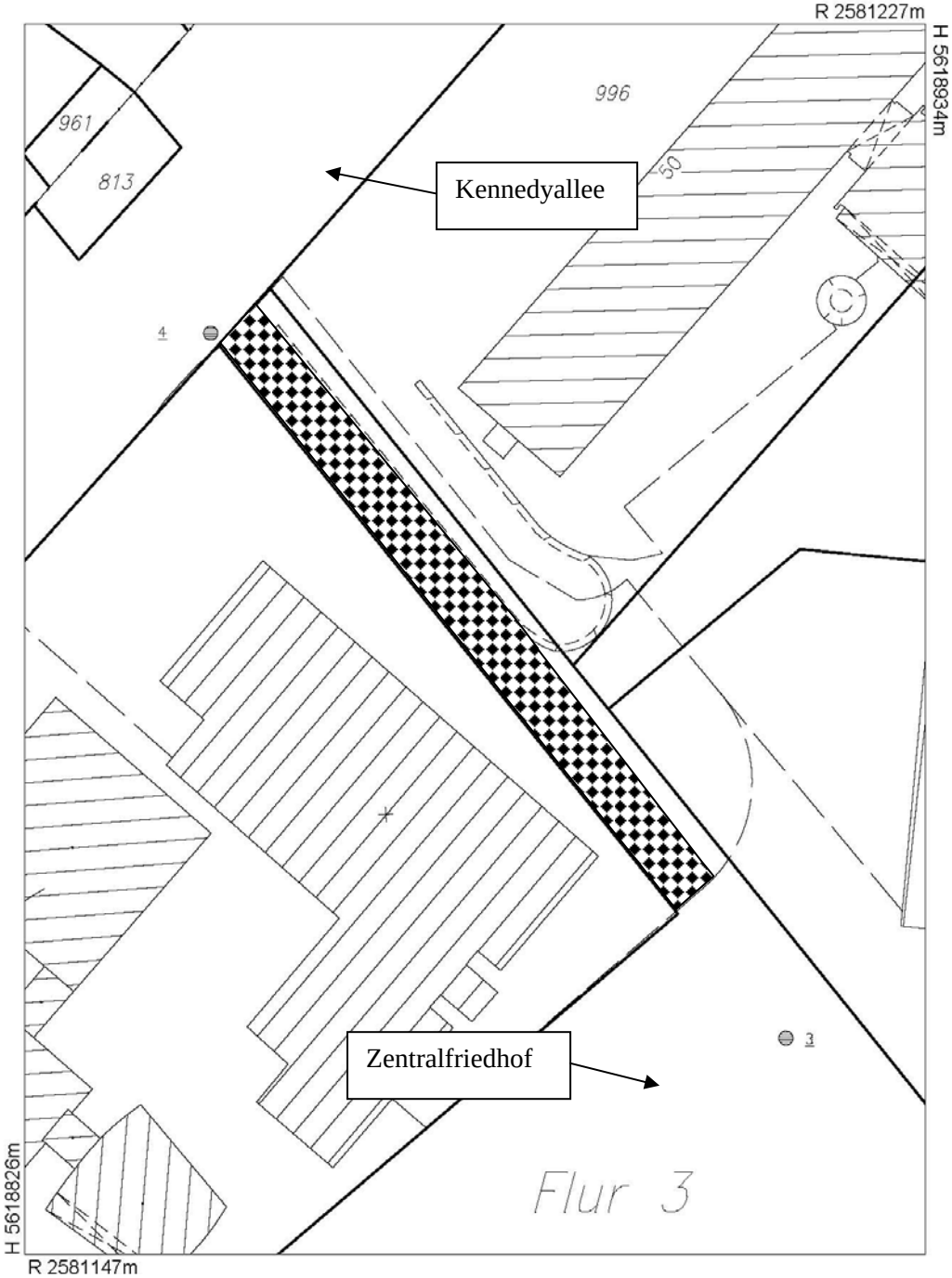


Anlage 2

**Widmung der „Paracelsusstraße“, Stichweg zu den Haus-Nrn.: 42 bis 50**
im Stadtbezirk Bad Godesberg, Ortsteil Lannesdorf

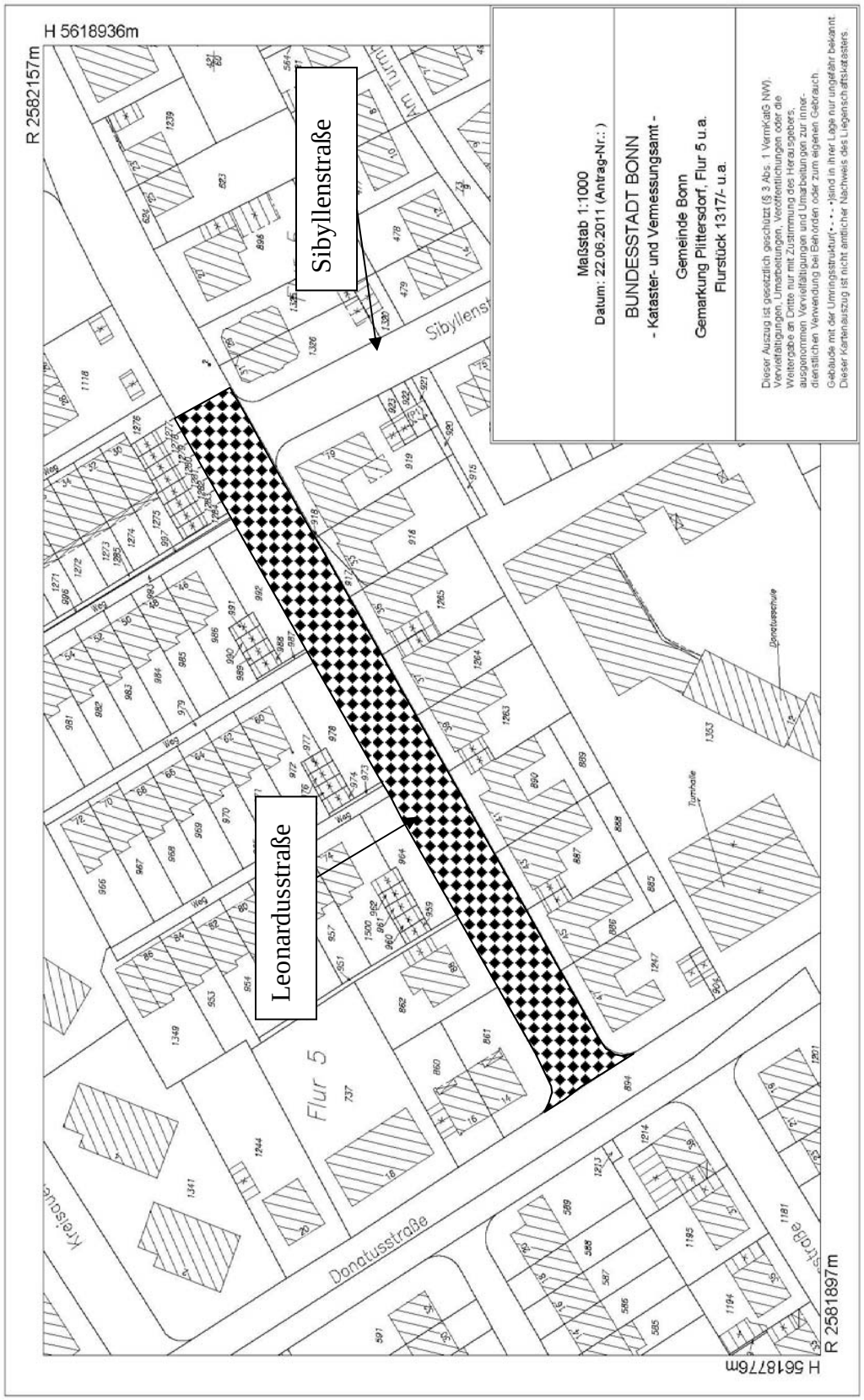


**Widmung der „Kennedyallee“, Stichweg Zugang zum Zentralfriedhof**
im Stadtbezirk Bad Godesberg, Ortsteil Plittersdorf

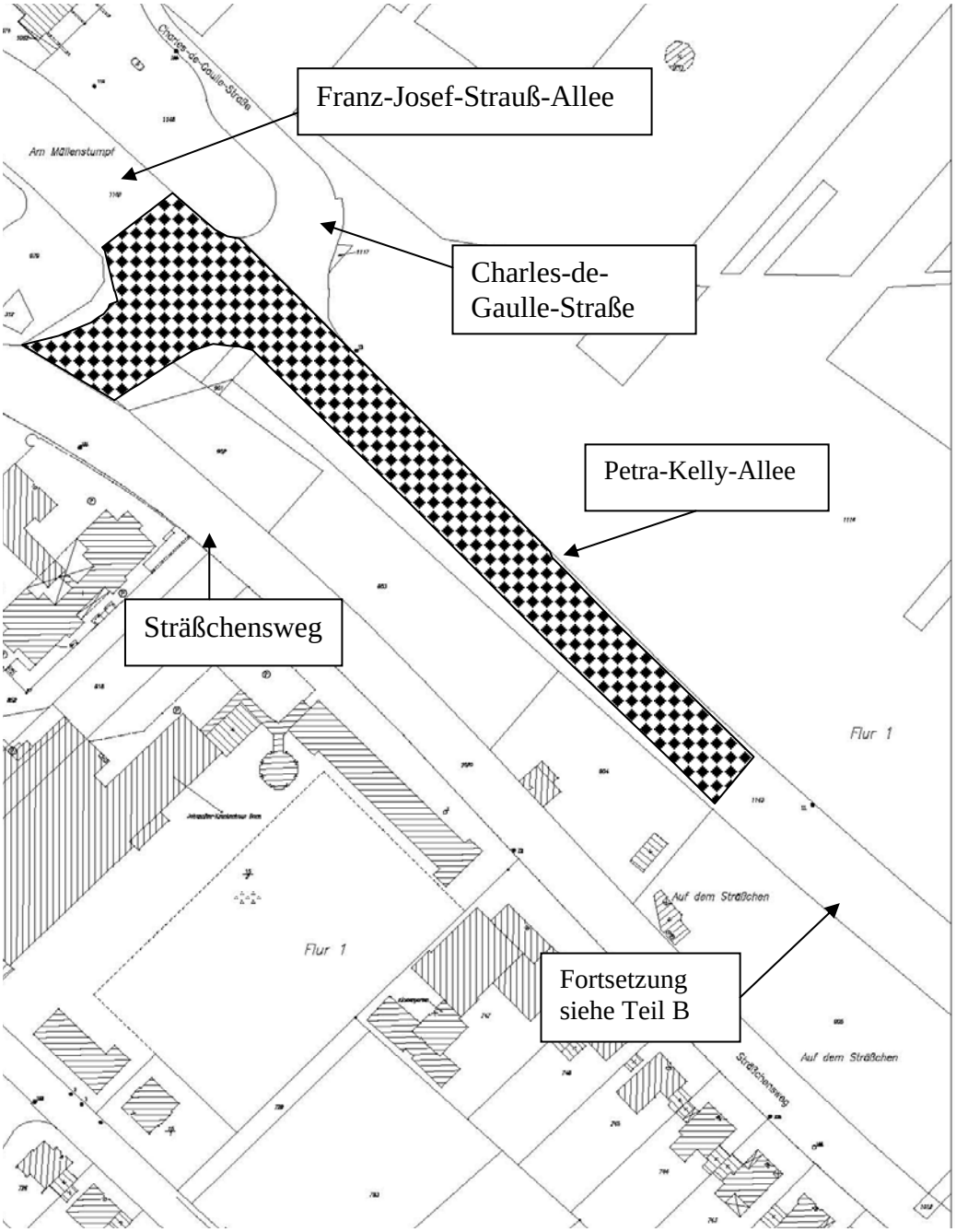


Anlage 4

**Widmung der „Leonardusstraße“ zwischen Donatusstraße und Sibyllenstraße**
Im Stadtbezirk Bad Godesberg, Ortsteil Plittersdorf

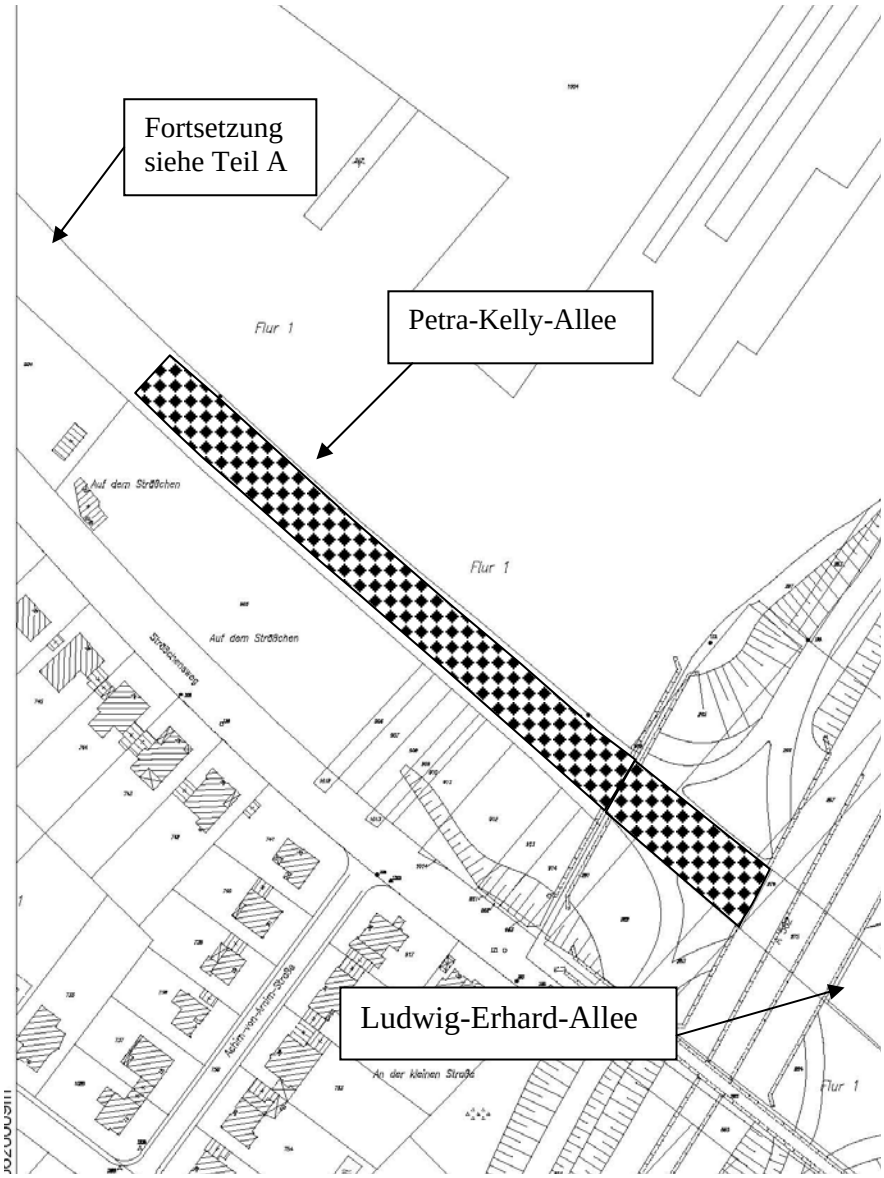
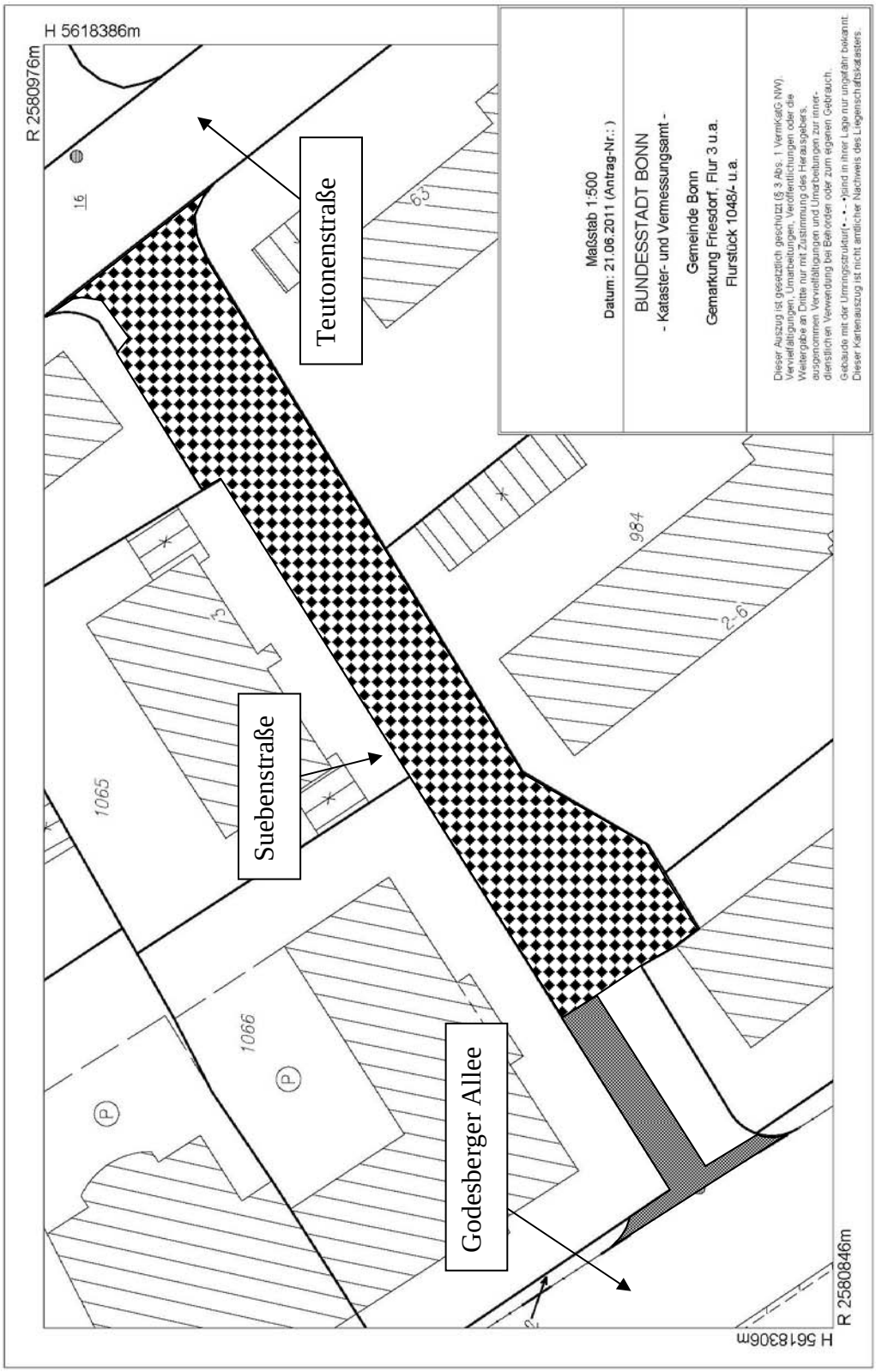


**Widmung der Straße „Petra-Kelly-Allee“, Teil A**
Im Stadtbezirk Bonn, Ortsteil Gronau



Anlage 5B

**Widmung der Straße „Petra-Kelly-Allee“, Teil B**
Im Stadtbezirk Bonn, Ortsteil Gronau



**Widmung der „Suebenstraße“**
im Stadtbezirk Bad Godesberg, Ortsteil Plittersdorf